

Sattler-, Tapezierer- u. Portefeüller-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeüller-Verbandes

Nr. 2. 43. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Bezugspreis
pro Vierteljahr 90 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: F 7 Lannowitz 2120

Bestellung
bei allen Postämtern.
Mitglieder kostenlos

Berlin, 11. Januar 1929

Die deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik 1928.

Die Konjunkturbewegung im Wirtschaftsjahr 1928 war nicht einheitlich. Nach dem Hochstand am Anfang des Jahres hat eine allmähliche Abwärtsbewegung eingesetzt. Nach der stürmischen Rationalisierung in den vorangegangenen Jahren trat im Jahr 1928 eine Verlangsamung in der Herstellung von Produktionsmitteln ein. Die Leistungsfähigkeit der einzelnen Produktionszweige ist aber durch die vorangegangene Rationalisierung außerordentlich gestiegen. In einem starken Inlandsabfall, der die gesteigerte Produktion hätte aufzuheben können, hat es jedoch gefehlt. Zum Teil wurde zwar diese Mehrproduktion durch die Ausfuhr, die im vergangenen Jahr außerordentlich erhöht werden konnte, verwertet, zum Teil auch durch den Rückgang der Einfuhr von Fertigprodukten, d. h. es wurden Auslandswaren durch Inlandsprodukte verdrängt. Trotzdem war die volle Ausnutzung der ausgedehnten Produktionsstätten nicht möglich. Produktionsrückgang in der Eisen- und Textilindustrie, in der Schuhindustrie und in anderen Industriezweigen war gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Dementsprechend wuchs die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter.

Die Mittel, deren sich die staatliche Wirtschaftspolitik für die Steuerung der Wirtschaftskontinuität bedienen kann, sind in der kapitalistischen Wirtschaft begrenzt. Die starke Konzentration der Produktion in den Händen einer Anzahl von Kapitalisten hat die planvolle Führung der Wirtschaft nicht herbeigeführt, im Gegenteil bedeutet ihr Bestehen neben Produktionszweigen, die in freier Konkurrenz stehen, in vieler Hinsicht eine gegenüber früheren Zeiten noch größere Störung des Wirtschaftsablaufs, steigert die Planlosigkeit der Produktion und erschwert die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts. Mit wirtschaftspolitischen Mitteln kann der bunte Wirrwarr der planlosen kapitalistischen Wirtschaft nicht beherrscht werden. Trotzdem gibt es verschiedene wirtschaftspolitische Mittel für die Konjunkturbeeinflussung und die Steigerung der Beschäftigung. Deshalb ist die Frage am Platze, wie diese im vergangenen Jahr, im Jahr der abflauenden Konjunktur, ausgenutzt worden sind.

Für den Wiederaufstieg der Konjunktur wäre die Verbilligung der Preise für die wichtigsten Grundstoffe und Produktionsmittel vonnöten gewesen. Der allgemeine Preisstand hat sich in der Tat nicht erhöht, dafür aber um so mehr die Preise für Rohstoffe und Fertigprodukte, deren Produktion von Kartellen und anderen monopolartigen Organisationen beherrscht wird. Erhöht wurden zweimal die Eisenpreise, gestiegen sind die Kohlenpreise, die Tarife der Reichsbahn und der Binnenschifffahrt. Auch der Index für industrielle Fertigmengen ist ziemlich stark gestiegen, weil infolge der Kartellwirtschaft. Man muß wohl bei diesem Punkt feststellen, daß eine Beeinflussung der Preispolitik der Kartelle im vorläufigen Jahr nicht erfolgte, auch nicht in dem beschriebenen Rahmen, in welchem dies heute schon durch Ausnutzung der rechtlichen und wirtschaftlichen Zwangsmittel durch den Staat möglich gewesen wäre. Nicht nur wurde die von uns geforderte Kartellkontrolle nicht weiter ausgebaut, sondern man ließ auch die schon bestehenden Maßnahmen für die Beeinflussung der Kartellpreispolitik unangegenutzt.

Ein weiterer Punkt ist die Kapitalversorgung, die angedeutet des großen Kapitalbedarfs der deutschen Wirtschaft, der sich in den hohen Zinssätzen widerspiegelt, für den Beschäftigungsgrad der deutschen Bevölkerung von entscheidender Bedeutung ist. Da die inländische Kapitalbildung für die Betriebskapital des Kapitalbedarfs nicht ausreicht, müssen ausländische Kapitalien herangezogen werden. Die wirtschaftspolitische Beeinflussung war auch in dieser Richtung recht unglücklich. Die Beratungskommission für Auslandsanleihen, die über die Zufälligkeit von Auslandsanleihen für die öffentliche Hand zu entscheiden hatte, war fast die Hälfte des Jahres überhaupt nicht in Tätigkeit, und als sie dann endlich eine Anzahl von Anleihen bewilligte, konnten diese infolge der inzwischen auf dem Kapitalmarkt der Vereinigten Staaten eingetretenen Wandlungen nicht mehr zu günstigen Bedingungen vereinbart werden. Eine wichtige Sammelanleihe der Städte konnte aus diesem Grunde überhaupt nicht aufgenommen werden. Viel schlimmere Folgen hatte diese Politik der Behinderung und Verzögerung der Aufnahme von langfristigen Auslandsanleihen dadurch, daß man gezwungen war, sich an Stelle der langfristigen Auslandsanleihen an der kurzfristigen Kredite in verwerflichem Umfang zu bedienen. Für die Konjunkturbeeinflussung war die Aufnahme kurz-

fristiger Kredite an Stelle von langfristigen insofern von Nachteil, weil sie die Reichsbank an der Herabsetzung des Diskontsatzes, die für die Aufhebung der Konjunktur von großem Nutzen gewesen wäre, hinderte, um ein plötzliches Absinken der kurzfristigen Gelder, das bei einer Herabsetzung des Diskontsatzes möglich gewesen wäre, zu verhüten. Erst gegen Schluss des Jahres, als infolge der Verminderung der Einfuhr und aus anderen Gründen die Reichsbank in der Lage war, ihre Gold- und Devisenreserven sehr stark zu vermehren, standen die kurzfristigen Anleihen einer Herabsetzung des Diskontsatzes nicht mehr im Wege.

Für die Senkung der Produktionskosten und die Steigerung der Massenaufkraft wären die Ermäßigung der Zölle sowie weitere Fortschritte im Abbau von Handelsverträgen erforderlich. Die Regierung hat nun in Einlösung der Versprechungen, die sie gelegentlich der Weltwirtschaftskonferenz machte, 141 Zollsätze, die bisher in den 16 Handelsverträgen, die Deutschland zurzeit besitzt, noch nicht ermäßigt wurden, herabgesetzt. Unter diesen Zollsätzen befinden sich zwar neben vielen unwesentlichen nur wenige wichtigere Waren des Massenkonsums; dennoch kann dieser Zollabbau als ein Fortschritt bezeichnet werden. Um der schädlichen Scheuerausfuhr und der japanischen Konkurrenz einen Kiegel vorzulegen, ist der Zerschnitt empfindlich erhöht worden. Wurde zwar dieses Mal — als eine grundsätzlich sehr wichtige Neuerung — die Zollhöhe mit einem Verbrauchssteuern verbunden, so bedeutet es dennoch eine Verdrängung der Konsumgüter. Das Jahr 1928 war für die Handelsverträge nicht ergebnislos. Mit Polen konnte man immer noch zu keiner Einigung kommen, und auch die Erneuerung der wichtigsten Handelsverträge mit der Tschechoslowakei, Desterreich und Ungarn auf Grund von Tarifermäßigungen steht noch aus. Die handelspolitische Einstellung des Bürgerblocks, die sich von Interessen der Großhandelswirtschaft leiten ließ, hat jene Verhandlungen in falsche Geleise gebracht und die Weiterführung der Verhandlungen sehr erschwert.

Das vom Bürgerblock durchgeführte landwirtschaftliche Reformprogramm war ein wirtschaftspolitischer Eingriff, der seinen Zweck, die Krisenlage bestimmter landwirtschaftlicher Kreise — es sind dieses vornehmlich die oberschlesischen Großgrundbesitzer — zu beheben, vollständig verfehlt hat. Die Kreditkrise der Großhandelswirtschaft kann nur durch Übernahme der überschuldeten Betriebe behoben werden, eine Aufgabe, die bisher noch nicht in Angriff genommen wurde. Die Kartellfrage, die mit dem Problem der Schweinezucht in engem Zusammenhang steht, muß auf einer neuen Grundlage durch staatliche Errichtung von Trocknungsanlagen gelöst werden. Bezeichnend für die besonderen Verhältnisse der Landwirtschaft ist, daß der Landbund die sozialdemokratische Förderung nach Einführung eines staatlichen Getreidemonopols in letzter Zeit befürwortete.

Da die Masseneuern die Konsumfähigkeit der Massen einschränken, ist für die Massenaufkraft die Steuerpolitik von großer Bedeutung. Zu begrüßen war im abgelaufenen Jahr eine wenn auch geringe Senkung der Lohnsteuer. Die Finanzlage des Deutschen Reichs wurde jedoch gegen Ende des Jahres sehr angespannt infolge der erhöhten Reparationslasten in dem am 5. September 1928 begonnenen Vollkreditjahr sowie durch den Ausfall verschiedener Staatseinnahmen. Das Budgetdefizit wird daher durch Steuererhöhungen gedeckt werden müssen. Zurzeit ist das neue finanzpolitische Programm noch nicht bekannt. Zu fordern ist es, daß neben der geplanten Erhöhung der Alkoholfsteuer, die mit Rücksicht auf die Massenaufkraft keineswegs unbedenklich ist, auch der Besitz herangezogen wird.

Die Lohnbildung, die nicht nur in sozialer Hinsicht, sondern auch konjunkturpolitisch von großer Bedeutung ist, zeigte im abgelaufenen Jahre eine gewisse Steigerung der Löhne, wenn auch das Tempo der Erhöhung viel langsamer als im Jahre 1927 war. Das gesamte Arbeitsentkommen war trotzdem infolge vermehrter Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, weniger Löhnerstunden und verringertem überarbeitsfähigen Verdiensts keineswegs höher als im Vorjahre. Der staatliche Eingriff in die Lohnbildung durch das Schlichtungswesen fand in diesem Jahr im Mittelpunkt der Diskussion. Die Ausperrung in der Eisenindustrie, die unter Verachtung des staatlichen Schlichtungspruchs erfolgte, zeigte klar die Grenzen der

Staatsmacht gegenüber den großen Industriemagnaten. Sie zeigte auch die relative Schwäche der Arbeiterkraft in der großen Auseinandersetzung. Solange die politische Macht den Vertretern des neuen Industriefeudalismus nicht entzogen wird, solange sie nach Gutdünken Hunderttausende von Arbeitern auszulernen vermögen, wird die staatliche Wirtschaftspolitik, insofern sie im einzelnen leisten kann, letzten Endes ins Leere treffen.

Dasselbe trifft auch für die Sozialpolitik zu. Als am Anfang des vergangenen Jahres der Achtstundentag auf die Arbeitnehmer der Holzwerke und der Holzhafenbetriebe ausgedehnt werden sollte, haben die Schwerindustriellen ihre Betriebe stillgelegt und erreichten dadurch die Aufschlebung des Inflationstretens der Verordnung um viele Monate. Die große Ausperrung am Ende des Jahres war ein würdiges Gegenstück zu diesem Verhalten am Jahresbeginn. Auch hier zeigten sich die Grenzen der Sozialpolitik bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen.

Im übrigen wurde im ablaufenden Jahr eine ertragreiche sozialpolitische Arbeit geleistet. Als wichtigster Fortschritt in der Sozialpolitik sind die Verbesserungen in der Unfallversicherung anzusehen, die auf sehr weite Kreise der Arbeitnehmer, auf die sich bisher die Unfallversicherung nicht erstreckte, ausgedehnt wurde. Dadurch wurde in einem bisher sehr vernachlässigten Zweig der Sozialversicherung ein wesentlicher Fortschritt erzielt. In Ausführung des Gesetzes für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wurde der organisatorische Ausbau im vergangenen Jahr beendet. In der Versicherung selbst wurden einige Verbesserungen erreicht in der Arztsunterstützung, bei der der Personenkreis erweitert, die Unterstützungsbauer verlängert und die Bedürftigkeitsprüfung erleichtert wurde. Auch die Kurzarbeiterunterstützung erfuhr eine Verbesserung. Die Neuregelung der Arbeitslosenunterstützung der Saisonarbeiter, die als Folge der angespannten Lage der Reichsbank für Arbeitslosenversicherung erfolgte, ist allerdings für die Saisonarbeiter nicht vorteilhaft. In der Angestelltenversicherung wurde die Gehaltsgrenze wesentlich heraufgehoben. Sowohl in der Invaliden- wie in der Angestelltenversicherung wurden die Beitragserhöhungen verbessert und das Kindergeld erhöht. Indessen bleibt die Erfüllung der weitergehenden Forderung eines Ausbaues der Invaliden- wie der Angestelltenversicherung der zukünftigen Regelung vorbehalten. Das Problem der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung wird in den kommenden sozialpolitischen Auseinandersetzungen eine große Rolle spielen. Auch auf dem Gebiet der Sozialpolitik muß ein jeder noch so geringer Fortschritt gegen den Widerstand der mächtigen Kreise der Kapitalbesitzer und ihrer Gefolgschaft Schritt für Schritt erkämpft werden.

Sitzung des Erweiterten Vorstandes

am 30. Dezember 1928.

Nach Begrüßung der Mitglieder des Erweiterten Vorstandes erstattet Kollege Blum Bericht über die Geschäftsperiode seit der letzten Tagung. Die Entwicklung des Verbandes ist zufriedenstellend. Bezeichnend für die Einstellung in einigen Branchen ist die Tatsache, daß die Zahl der weiblichen Mitglieder verhältnismäßig viel stärker zugenommen hat wie die der männlichen Mitglieder. Die im Laufe des Oktober abgehaltene Herbstversammlung hat zufriedenstellende Ergebnisse gezeitigt und haben die vom Hauptvorstand herausgegebenen Flugblätter, abgesehen von einer Stelle, sehr gute Aufnahme gefunden. Im Hinblick auf die Arbeitstätigkeit wurden einige Bezirkskonferenzen abgehalten. Bei der Konferenz für das Offenbacher Gebiet war Kollege Blum anwesend. Behandelt wurde die Lage der Leberwarenindustrie unter besonderer Berücksichtigung der Zustände in der Heimarbeit. Als Unterlage dazu diente das Material, welches Kollege Blum beim Besuch einer Reihe von Heimarbeitern zusammengestellt hatte. Geradezu deprimierende Zustände wurden gezeitigt. So ergibt das Material über die Entlohnung von etwa 30 Heimarbeitersfamilien, daß nicht ein einziger richtig tarifmäßig bezahlt wurde. Recht bezeichnend für die Sachlage ist der Ausspruch eines der besuchten Heimarbeiters: „Bei mir herrscht Ordnung, länger wie bis 11 Uhr abends wird nicht gearbeitet.“

Unter Bezugnahme auf das Material wurden die Arbeitgeber um eine Aussprache über diese Mißstände ersucht. Die Sitzung hat denn auch stattgefunden und beide Parteien einigten sich dahin, daß man gemeinsam an die zuständigen Gewerbeaufsichtsbehörden das Eruchen um Verschärfung und Durchführung der Kontrolle richten will. Der Zustand, daß Großunternehmer, besonders die Warenhauskonzerne, dazu übergehen, die Waren direkt vom Heimarbeiter zu beziehen, zeigt, daß auch die Arbeitgeber

der Lederwarenindustrie Interesse daran haben, die bestehenden Verhältnisse zu beilegen.

Für die Handwerksattler sind Verhandlungen zum Abschluss eines zentralen Mantelartikels im Gange. Von unserer Seite ist eine Vorlage ausgearbeitet und der Organisation der Arbeitgeber überreicht worden.

Die Arbeitgeber haben uns einen Gegenentwurf geschickt, der uns allerdings wenig geeignet erachtet als Richtschnur für eine zu schaffende Verhandlung.

Die Arbeitslosigkeit war auch im zweiten Halbjahr 1928 sehr groß und hat sich gegen Jahresende noch verschlimmert.

Kollege Gerhardt ergänzt den Bericht durch eine Schilderung des Standes des Tarifwesens im Verband. In der Lederwarenindustrie sind zurzeit 11 Bezirkstarife abgeschlossen.

In der Lederwarenindustrie sind zurzeit 11 Bezirkstarife abgeschlossen. Dazu kommen für die Städte Bielefeld, Hannover und Mainz Ortsverträge und für Mühlhausen i. Th. ein Betriebsarif.

An der anschließenden Aussprache macht der Offenbacher Vertreter interessante Ausführungen über die Einstellung der Hausgewerbetreibenden.

Die in der anschließenden Aussprache macht der Offenbacher Vertreter interessante Ausführungen über die Einstellung der Hausgewerbetreibenden. Viele dieser Heimarbeitler beschließen nicht nur die eigenen Familienangehörigen, sondern auch Lehrlinge und minderjährige weibliche Arbeiterinnen die unter Aufsicht aller Arbeiterkassenbestimmungen stark ausgenutzt werden.

Die in der anschließenden Aussprache macht der Offenbacher Vertreter interessante Ausführungen über die Einstellung der Hausgewerbetreibenden. Viele dieser Heimarbeitler beschließen nicht nur die eigenen Familienangehörigen, sondern auch Lehrlinge und minderjährige weibliche Arbeiterinnen die unter Aufsicht aller Arbeiterkassenbestimmungen stark ausgenutzt werden.

Die in der anschließenden Aussprache macht der Offenbacher Vertreter interessante Ausführungen über die Einstellung der Hausgewerbetreibenden. Viele dieser Heimarbeitler beschließen nicht nur die eigenen Familienangehörigen, sondern auch Lehrlinge und minderjährige weibliche Arbeiterinnen die unter Aufsicht aller Arbeiterkassenbestimmungen stark ausgenutzt werden.

Die in der anschließenden Aussprache macht der Offenbacher Vertreter interessante Ausführungen über die Einstellung der Hausgewerbetreibenden. Viele dieser Heimarbeitler beschließen nicht nur die eigenen Familienangehörigen, sondern auch Lehrlinge und minderjährige weibliche Arbeiterinnen die unter Aufsicht aller Arbeiterkassenbestimmungen stark ausgenutzt werden.

Die in der anschließenden Aussprache macht der Offenbacher Vertreter interessante Ausführungen über die Einstellung der Hausgewerbetreibenden. Viele dieser Heimarbeitler beschließen nicht nur die eigenen Familienangehörigen, sondern auch Lehrlinge und minderjährige weibliche Arbeiterinnen die unter Aufsicht aller Arbeiterkassenbestimmungen stark ausgenutzt werden.

Die in der anschließenden Aussprache macht der Offenbacher Vertreter interessante Ausführungen über die Einstellung der Hausgewerbetreibenden. Viele dieser Heimarbeitler beschließen nicht nur die eigenen Familienangehörigen, sondern auch Lehrlinge und minderjährige weibliche Arbeiterinnen die unter Aufsicht aller Arbeiterkassenbestimmungen stark ausgenutzt werden.

Die in der anschließenden Aussprache macht der Offenbacher Vertreter interessante Ausführungen über die Einstellung der Hausgewerbetreibenden. Viele dieser Heimarbeitler beschließen nicht nur die eigenen Familienangehörigen, sondern auch Lehrlinge und minderjährige weibliche Arbeiterinnen die unter Aufsicht aller Arbeiterkassenbestimmungen stark ausgenutzt werden.

Altergrenze für die Heimarbeitler wird viel zu wenig beachtet. Wir haben die jetzt die größte Zurückhaltung geübt und sind mit der Schilberung der traurigen Zustände in der Heimindustrie nicht an die große Defensiv-Gebühnde nicht ein, so sehen wir uns gezwungen, auch Bohn- und Arbeitsverhältnissen der größte Teil der Lederwaren entstanden ist, die in Warenhäusern und zum Teil auch in anderen Geschäften zum Kauf angeboten werden.

Der kommende Verbandstag wird am 3. Juni 1929 im Volkshaus zu Dresden.

Bruder, ich will!

Bruder, ich will, daß im Lande der Freien nicht mehr entsetzliche Töte gedeihen. Will, daß wir alle, die willig zum Schaffen letzte Entrüstung zusammenrassen, Und vom Jubel begeistert getragen, Feiern und Schande endlich zer schlagen.

Bruder, ich will, daß uns allen hienieden, Wenn wir vor unseren Feuern schmieden, Uns um das pulsende Leben kümmern, Hüften und Hallen, Paläste zimmern, Anteil werde, wie es sich rechte, Bruder, ich will nicht, daß man uns knechte.

Bruder, ich will, daß Sinnen und Trachten, Aller Tyrannen, das Unschönen verachten, Ende nun finden für immer und ewig, Bruder, in diesem Gedanken da streb ich, Komm, wenn alle, wie ich und auch du, Den Willen haben, packen wir zu.

beginnen. In Verbindung damit steht die Feier des vierzigjährigen Bestehens des Verbandes. Es haben bereits Vorbesprechungen stattgefunden. Redner schildert die in Aussicht genommenen Maßnahmen und Berufsaussagen. Abgegeben von der Wehrverwaltung durch die Inwalidenunterstützung ist eine Erhöhung der Beiträge nicht in Aussicht genommen. Trotzdem glaubt der Vorstand die Vertiefung der Kassenzeit bei der Krankenversicherung von drei Wochen auf 14 Tage und eine kleine Herabsetzung der Bezüge für die älteren Mitglieder befürworten zu können.

Zahl der Delegierten zum Verbandstag. Der Verbandstag hat diese Zahl auf 35 festgelegt. Die Ansicht mehrerer Kollegen ging nun dahin, daß diese Zahl erhöht werden müsse. Dabei wurde von fast allen Debatteuren ausgesprochen, daß eine Erweiterung der Delegiertenzahl in erster Linie dem Zweck einer besseren Vertretung der einbezogenen Kollegen dienen müsse. Die Kollegen Schindler und Gerhardt traten aus Berechtigungsgründen für die Einführung höherer Beitragsklassen für die Wehrverdienste ein. Legten sie u. a. aus, daß für den Fall, daß der Verbandstag eine sofortige Erhöhung der Beiträge nicht beschließen sollte, Hauptvorstand vom Verbandstag weitgehende Ermächtigungen für eventuelle Beitrags erhöhungen erhalten müßte. Gerhardt und auch Kollege Gehring traten für die Verwendung von jüngeren Kräften für die Liquidation ein. Dagegen wendeten sich die meisten Redner gegen die Anstellung eines zweiten Gauleiters für Rheinland-Westfalen und gegen die Einrichtung des Bezirksleiter-systems mit angehefteten Bezirkleitern. Einmütig Zustimmung fand eine Anregung des Kollegen Blum, die 25-Pfennig-Klasse und die Lehrlingsmarken abzugeben und dafür eine Beitragsklasse von 20 Pfennig, bei alle jüngeren Lehrlinge und die weiblichen Arbeiterkräfte bis zu 16 Jahren zu gehören lassen, zu errichten.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung unterbrach Kollege Blum die Vorlage zur Einführung der Inwalidenunterstützung. Es erschien ihm möglich, die Frage zu diskutieren, ob die Unterstützung durch Verbandstagesbeiträge oder durch Urabstimmung. Vorkollege ist die Abstimmung auf dem Verbandstag. Wird angenommen, so ist es doch, daß die Beitragszahlung ab 1. Oktober 1929 und die Unterstützungszahlung ab 1. April 1930 in Kraft tritt. Mit der Vorlage betreten wir Neuland und müssen eine gewisse Vorläufigkeit über uns. Es ist besser, ohne neue Unterstützung die Unterstützung später auszubauen, als man sich am Anfang übernommen hat. Kollege Blum erläuterte eingehend die einzelnen Positionen der Vorlage, die die Unterlage für die Beratungen des Verbandstages dienen soll. Kollege Riedel ergänzte diese Ausführungen durch fallentechnischen Standpunkt aus. Mit den Forderungen auf Erhöhung der Inwalidenunterstützung und Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre allein ist es nicht genug. Es würde als unangenehme Begleiterscheinung eine schmerzhaft fühlbare Erhöhung der Beitragssätze zu tragen sein.

In die Einführung der Altersunterstützung in unserem Verband kann nicht gedacht werden, dagegen sollen die Kollegen, die den Nachweis der Inwalidität erbracht haben, in den Genuss der Unterstützung gelangen können. Kollege Offenbach wendet sich dagegen. Er vertritt als einziger den Standpunkt, daß für die Mitglieder bei Einführung von nur Inwalidenunterstützung nicht viel herauszukommen wird und die ganze Einrichtung keine solide Unterlage hat. Kollege Riedel wendet sich gegen die Unterstützung durch den Verbandstag und verlangt Urabstimmung. Riedel und Riedelmann wendeten sich sehr scharf gegen diese Ausführungen. Die Einführung der Inwalidenunterstützung dient der Festigung des Verbandes und damit allen Kolleginnen und Kollegen. Die Hauptsache ist, daß bei den älteren, nicht mehr erwerbsfähigen Kollegen etwas gegeben wird. In seinem Schlusswort spricht Kollege Blum seine Genugtuung über die Zustimmung zu der Vorlage aus. Dasselbe wird in einigen Wochen in der Verbandszeitung abgedruckt und damit zur Debatte gestellt werden.

Unter „Verschiedenes“ werden verschiedene Verwaltungssachen erledigt. Mit dem Wunsch auf gute Heimreise und ein glückliches Neubeginn schließt Kollege Blum die Tagung ab.

Zitate und Gelehrsamkeit.

Von H. Fuchs.

Zur Dinsten einen Stapel bürgerlicher Zeitungen und Zeitschriften, zur Rechten einen Stroh Arbeiterblätter, stre ich an meinem Schreibtisch. Links spricht der Geist, links springt aus alten Ausfällen ein Heer von geistreichen Gedanken, eine Fülle klassischer Aussprüche; rechts aber, in den Gemerkelblättern und politischen Zeitungen der Arbeiterklasse, in den proletarischen Kulturzeitschriften — macht sich dort nicht eine gewisse Schwermüdigkeit breit? Seiten ein schon klingendes Fremdwort, nur ganz vereinzelt ein gewählter historischer Ausdruck! Es scheint, als ob in den Arbeiterzeitungen eine strenge Sachlichkeit den Ton angäbe, eine Sachlichkeit, die, obwohl sprachlich sorgfältig und angemessen, das Künstlerische nicht anerkennt. Den Schönheits Sinn des Lesers also nicht beirrend. Es scheint auch, als ob der bürgerliche Zeitungs-schreiber belehner wäre, als ob er nur die Feder anzulegen brauche, um schwingend und „elegant“ zu schreiben. Hier anschließend ein ungeheures Wissen, als Ergebnis von Bildung und Erziehung — dort, auf der anderen Seite, Sachlichkeit, Schwermüdigkeit, Mangel an Gelehrsamkeit.

Oder ist es etwa kein Mangel an Gelehrsamkeit, wenn man in einer Arbeiterzeitung selten ein Zitat findet? Mit dem Ausdruck „Zitat“, abgeleitet vom lateinischen Worte „citatum“ (= Angeführtes), bezeichnet man eine wörtlich angeführte Schriftstelle, also die wörtliche Wiedergabe eines gesprochenen oder geschriebenen Gedankens. Ein Zitat kann zum „geleiteten Worte“ werden, wenn es dauernd im Sprachgebrauch angewendet wird.

Goethes „Faust“ ist z. B. eine Fundgrube für denjenigen, der nach klassischen Aussprüchen sucht. Kennen wir nicht alle das Zitat „Gau, feurer Freund, ist alle Theorie, und grün des Lebens goldener Baum“? Finden wir nicht immer wieder das geleitete Wort „Heinrich Witt grost's vor dir“?

In jeder wissenschaftlichen Abhandlung, in jeder Reisebeschreibung, in jedem politischen Aufsatz muß ein Zitatenschild aus Goethes „Faust“ verarbeitet werden. Der eine Schreiber legt an den Anfang seines Aufsatzes „Zwar weiß ich viel, doch mag ich alles wissen“, der andere beginnt seine Abhandlung mit „Du gleichst dem Geist, den du begreifst“. Ein Dritter, der über ein ergreifendes Ereignis berichtet, schreibt selbstverständlich „Nicht sagt

ein längst entwohnter Schauer, der ganzen Menschheit Sommer löst mich an“. Und ein Vierter gebraucht in jedem Zeitungsaussatz das Zitat „Mit Worten läßt sich trefflich streiten, mit Worten ein System bereiten“.

Aber nicht nur Goethe muß herhalten. Sondern wir nicht auch einen Schiller? Der gelehrte Schriftsteller kennt selbstverständlich auch Pflaster, Heine, Klopstock, Grillparzer. Unentbehrlich für einen bürgerlichen Zeitungs-schreiber sind ferner Kant, Schopenhauer und Nietzsche; er kennt sie auswendig. Was wäre aber ein guter Aufsatz ohne ein Zitat aus den alten Klassikern? Homer, Aristoteles, Cicero! Und es gab auch Franzosen: Zola, Balzac! Doch ein gelehrter Schriftsteller gelegentlich Byron, Shakespeare, Macaulay und Milton anführt, ist sachlich notwendig und zeugt vor allem von Gelehrsamkeit.

Zitate und Gelehrsamkeit! Wir sind bei unserem eigentlichen Thema angelangt. Der Anspruch Schopenhauers, daß man durch viele Zitate seinen Anspruch auf Gelehrsamkeit vermehre, den auf Originalität jedoch vermindere, hat für die heutige Zeit jegliche Berechtigung verloren. Oder glaubt jemand wirklich, daß eine zitatenreiche Abhandlung dem Schreiber einen besonderen Anspruch auf Gelehrsamkeit gäbe? Zeigt ein Duzend klassischer Aussprüche und geleiteter Worte, in einem kurzen Aufsatz so recht geschmackvoll angeordnet, denn wirklich von Gelehrtheit und umfangreichem Wissen?

Hierin unterscheidet sich die Arbeiterpresse von den bürgerlichen Zeitungen. Ein Zitat mag berechtigt sein, wenn es, einer Stelle gleich, die wichtige Stelle in einem Aufsatz einnimmt. Zur Probe wird das Zitat „jedoch dort, wo es nur der Glanz des Schreibens dient, nicht Gelehrsamkeit und Bildung verleiht ein mit Zitaten überladener Aufsatz, sondern das Unwissen des Schreibers, seine Gedanken in eigener Form wiedergeben. Da er selbst nicht genug Geist besitzt, einen schwingenden Stil zu schreiben, nimmt er seine Zuflucht zu den Worten irgendeines Klassikers. Ein Aufsatz in einer bürgerlichen Zeitung ist ohne ein Duzend Zitate heute unentbehrlich; und am Schluß der Abhandlung findet man dann regelmäßig noch so'n bißchen Latein: „hic Rhodus, hic sa'ta“ oder „panem et circenses“, abgeschrieben aus den „Lateinischen Sprüchen“ von Rudolf Dietrich.

Ueberhaupt das Abschreiben! Vor einem Menschenalter hatte es der Schreiber noch nicht so leicht; heute genügt ein Griff in den Witz-erschrank: eine umfangreiche Zitatensammlung erledigt Geist und Gelehrsamkeit. Alles, was in

treffender Weise über irgendeinen Vorgang gesagt ist, findet man in einem solchen Buche. Damit sich der Suchende leichter zurechtfindet, sind die Zitate nicht mehr nach Quellen geordnet, also nicht etwa: Goethe, Kant, Schopenhauer, sondern nach dem Inhalte. Wer eine Buchreihe schreiben will, schlägt also den Abschnitt „Dichter — Kunst — Ruhm“ auf und schreibt: „Wie jagt doch Betty Paoli! Der Dichter wandelt einsam durch das Leben“. Der Leser liest den Satz zweimal, erstarrt, in tiefe Gedanken verfallen: Wer war doch gleich Betty Paoli? Aber der Schreiber weiß es auch nicht, er braucht es nicht zu wissen, er hat seine Zitatensammlung. Für jeden Vorgang und für jeden Gegenstand findet er dort klassische Aussprüche und geleitete Worte: Zeit, Lebensziel und Streben, Heimat, Frauenhöflichkeit, Gericht und Urteil, Unterrevolution — der Schreiber braucht nur abzuschreiben.

Das ist also das ungeheure Wissen, die Gelehrtheit des bürgerlichen Zeitungsschreibers. Nicht Mangel an Gelehrsamkeit, nicht Schwermüdigkeit ist es, wenn Arbeiterzeitungen diesen schwingendsten Stil, die geistlichen geistlichen Gedanken verschmähen. Ebenso verlogen wie die bürgerliche Kultur ist der „elegante“ Stil mancher bürgerlichen Zeitungsschreiber. Nur durch strenge Sachlichkeit, nicht aber durch viele Zitate, wird ein guter Stil erkämpft.

(Aus dem soeben erschienenen Heft der „Arbeiter-Sprachzeitung“.)

„Arbeiter-Sprachzeitung“. Die neue Nummer dieser sozialistischen Sprachzeitschrift, herausgegeben von H. Fuchs, dem Leiter der Sprachschule der Arbeiter und Arbeiterinnen in Groß-Berlin, ist soeben erschienen. Die Zeitschrift wird alle, die sich mit fremden Sprachen beschäftigen, eine willkommene Hilfe sein. Neben kurzen Erzählungen in englischer und französischer Sprache enthält die Zeitschrift vor allem Texte aus ausländischen Parteil- und Gewerkschaftszeitungen (mit Worterklärungen) und Aussprachebezeichnungen für Vortragsarbeiten für Leser mit geringen Vorkenntnissen. Ferner wird die Muttersprache regelmäßig in dem Abschnitt „Hauswörter“ in der deutschen Sprache behandelt. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 1,20 Mk. Die Zeitschrift ist zu beziehen durch alle Parteilbuchhandlungen in Berlin W 57, Fienstraße 6a.

Die zukünftige Gestaltung des Reichswirtschaftsrates.

Bei der kürzlich im Deutschen Reichstag geführten Debatte über den Gesetzentwurf zur Ausführung des Gesetzes über den Reichswirtschaftsrat gab Tarnow, der Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, eine Darstellung der Wichtigkeit und Aufgabe des Reichswirtschaftsrates. In klarer und bündiger Weise wies er auf den Nutzen und die Bedeutung solcher Wirtschaftsparlamente hin, wobei er u. a. sagte:

„Meine Partei begrüßt es, daß nach achtjährigem Provisorium dauerndes Recht geschaffen werden soll. Der Reichswirtschaftsrat ist notwendig in unserem demokratischen Staatswesen. Die bisherige Tätigkeit des Reichswirtschaftsrates kann nicht den Maßstab dafür geben, was er leisten kann, wenn er von den Beschränkungen der letzten Jahre frei ist. Unsere Volkswirtschaft wandelt sich in raschem Tempo nicht nur an der Oberfläche, sondern auch in der Struktur und in ihrem ganzen Wesen. Der Organisationsgedanke und das Herausgehen aus dem eigenen Rahmen treten hervor. Der individuelle Unternehmer ist durch Zusammenfassungen der Industrie ersetzt. Das freie Spiel der Kräfte ist kein bestimmender Faktor mehr. Der Ruf nach Freiheit der Wirtschaft kann daran nicht ändern. Nicht von außen ist die Wirtschaft unserer Gemordeten, sondern von innen, durch den Willen der Wirtschaftsführer und durch den Zwang der Entwicklung. Der Staat von heute ist durch diese Entwicklung in eine viel aktivere Stellung zur Wirtschaft gedrängt worden. Sie wird heute von sehr starken kapitalistischen Kräften gesteuert, die ihr Profitinteresse im Auge haben. Diese Kräfte können die größte Gefahr herausbekommen, wenn sie unkontrolliert walten. So werden die Wirtschaftsfragen immer wichtiger für den Staat, der eigene Ministerien für sie errichtet und in dessen Parlamenten sie immer mehr besprochen werden. Es traat sich deshalb, ob besondere Wirtschaftsparlamente nötig sind.“

Natürlich muß im demokratischen Staate die Volkvertretung die oberste Gewalt sein; aber die Heranziehung der Wirtschaft — und zwar nicht nur der Unternehmer — zur Regelung ihrer Angelegenheiten ist geeignet, ihre Verantwortung zu erhöhen. Früher hat man Arbeitervertreter überhaupt nicht herangezogen. Um so mehr begehren wir die Schaffung eines Wirtschaftsparlamentes mit einer allerdings nicht zureichenden Anzahl von Arbeitervertretern. Selbstverständlich kann keine Rede von einem Gesetzgebungsgesetz des Reichswirtschaftsrates sein. Derartige Gedanken aus der Zeit der Inflationssphäre sind verlogen. Der Reichswirtschaftsrat hat ziemlich einstimmig erklärt, nichts anderes als ein Gutachterparlament sein zu können, ein Aufklärungsgremium für die Öffentlichkeit, ein Beratungsorgan für die Regierung und das Parlament. Wenn der Reichstag sich die Vorarbeiten des Reichswirtschaftsrates bei wirtschaftlichen Vorlagen zunutze machen wollte, würde er sicherlich Zeit und Mühe sparen. Außerdem fordern wir auf Grund der Reichsverfassung entsprechende Berücksichtigung der Arbeiter und Angestellten.“

Die Millionen Arbeiter und Angestellten, die wir zu vertreten die hohe Ehre haben, wollen sich mit ihrer früheren Rolle im Staate nicht mehr begnügen, sie fordern volle Demokratisierung der Wirtschaft und ihrer Verfassung.“

Wir wollen von der sozialkapitalistischen Diktatur zum demokratischen und sozialen Wirtschaftsstaat gelangen!“

Massenkaufrast und Konjunkturanstieg.

In einem ausführlichen Rückblick auf das vergangene Wirtschaftsjahr wird in der bekannten volkswirtschaftlichen Zeitschrift „Magazin der Wirtschaft“ für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich im abgelaufenen Jahr ergeben haben, mit gutem Recht die Spannung zwischen Produktionsfähigkeit und Absatz zum großen Teil verantwortlich gemacht. Mit Recht wurde dabei auch die „konjunkturpolitisch wenig einflussreiche“ Preispolitik der Kartelle, durch welche jene Spannung außerordentlich verstärkt wurde, hervorgehoben, da die Kartellpreise trotz der sinkenden Konjunktur bis in die jüngste Zeit hinein erhöht wurden. Nach diesen richtigen Feststellungen befreit nun die wertwürdige Behauptung in dieser Zeitschrift, daß die Steigerung der Löhne für einen Anstieg der Konjunktur nicht nützlich sei, weil, wie es dort ausgedrückt wird, die Untermauerung einer abklingenden Konjunktur durch Steigerung der Massenkaufrast nur wenig Erfolg hat, wenn die Kaufrast anderen als den Industrien, deren Verkaufsfähigkeit allzu sehr ausgedehnt wurde, zugeführt wird. Man kann wohl den Sinn dieser Behauptung nicht leicht verstehen. Offenbar würde die Zuleitung der Kaufrast an die Industrien, deren Produktionsfähigkeit bereits übermäßig ausgedehnt wurde, deren Lage nur verschlimmern, weil dann jene Unternehmungen, statt ihre Produktion zu rationalisieren oder einzuschränken, noch künstlich erweitert würden, während der Absatz für ihre Produkte noch weniger als bisher vorhanden wäre. Die erwähnte Zeitschrift meint aber dabei etwas ganz anderes, da sie sich dann folgendermaßen ausdrückt: „Durch eine Erhöhung der Einnahmen vermag man nicht ihre Verwendung in bestimmte Richtungen zu lenken. Der Kaufwille des einzelnen hebt unter zahlreichem Einflüssen mehr oder weniger zufälliger Art.“ Das heißt, wenn man die Löhne erhöht, hat man noch nicht die Sicherheit, daß der Absatz in bestimmten Industriezweigen wachsen wird. Man hat die Zweckmäßigkeit einer Lohn-erhöhung selten noch mit einem so falschen Argument bekämpft. Es ist zwar richtig, daß z. B. durch die Steigerung des gesamten Arbeitseinkommens im Deutschen Reich der Konsumtionsindustrie nicht geholfen werden kann, wenn die Reichsbahn nicht bereit ist, Lokomotiven zu bestellen und auch das Ausland an Bestellungen verzögert. Doch liegt hier offenbar ein Sonderfall vor. Schon das zweite vom „Magazin der Wirtschaft“ angeführte Beispiel

mit den Fahrrädern wo eine Spannung zwischen Produktion und Absatz wegen der übermäßigen Ausdehnung der deutschen Fahrradindustrie besteht, ist nicht ganz zutreffend, weil eine Erhöhung der Massenkaufrast die Nachfrage nach Fahrrädern doch einigermaßen zu steigern vermag und eine ruhigere Umstellung der Produktion auf die veränderten Absatzverhältnisse ermöglicht, als wenn die Nachfrage infolge ungenügender Entlohnung des Arbeitseinkommens plötzlich aufhörte. Vollends anders gestaltet sich aber das Bild, wenn man die Industrie, und zwar sowohl die für Produktionsmittel wie für Gebrauchsgüter in ihrer Gesamtheit betrachtet. Hier kommt es nämlich darauf an, daß der stark vergrößerten Produktionsfähigkeit der Absatz gesichert wird. Im „Magazin der Wirtschaft“ wird behauptet, daß die Rationalisierungsperiode gegenwärtig so ziemlich abgeklungen ist. Dies aber bedeutet, daß innerhalb der Produktionsmittelindustrien selbst keine Anreize mehr für ihre gegenseitige Beschäftigung besteht (Mehrbedarf an Kohle für die Eisenindustrie, mehr Eisen für den Kohlenbergbau usw.), sondern der Antrieb für die Weiterbeschäftigung allein von der Seite der Verbraucher ausgehen kann. Dieser Widerspruch ist den Verhältnissen entgegen. Da ein verhältnismäßig hoher Teil des Lohn- und Gehaltseinkommens für Ernährungszwecke gebunden ist und diese Ausgaben bei steigendem Arbeitseinkommen verhältnismäßig unverändert bleiben, so wird die Steigerung der Massenkaufrast durch höhere Löhne in erster Linie dem Absatz der Industrieprodukte zugute kommen. Durch diese Tatsache wird aber die Behauptung, daß Lohnsteigerungen nicht den Erfolg haben können, die Spannung zwischen Leistungsfähigkeit der Industrie und ihrer Absatzmöglichkeiten zu verringern widerlegt.

Die Kost des Maschinenzeitalters.

Die Ernährungsverhältnisse des Menschen haben sich durch die neue ökonomische Art des Lebens gewandelt. Das Nahrungsbedürfnis des Menschen ist ein anderes als früher. Hierüber sprechen sich einige Gelehrten aus, die Prof. Dr. O. Kestner den „Sozialhygienischen Vorträgen“ zur Verfügung stellt.

Bekanntlich hat unser Körper eine gewisse Menge von Kalorien nötig. Diese Menge hat sich fast vermindert dadurch, daß die Muskelarbeit des Menschen zum großen Teil durch die Maschine ersetzt worden ist. Rationalisierung bedeutet also eine Beschleunigung dieses Wandlungsprozesses, den unsere Ernährung erfährt. Der Mensch unserer Tage braucht einen verhältnismäßig größeren Eiweißgehalt in seiner Nahrung, da er sonst unviel Kalorien bekommen würde. Praktisch macht Prof. Kestner das an einer Aufstellung klar. Von den gebräuchlichsten Nahrungsmitteln kommen auf 100 Gramm Eiweiß oder 16 Gramm Stickstoff abgerundet folgende Kalorienmengen:

Fleisch (Häher)	500 Kalorien
Ei	1100 „
Fische	1500 „
Milch	2000 „
Weißbrot	3300 „
Weizen	4100 „
Kartoffeln	5000 „
Reis	5800 „
Größtes Brot	7000 „

Oben früher muß nun, so sagt Kestner, eine Verschiebung innerhalb der Tabelle in der Richtung nach oben erfolgen: Ertrag von grobem Brot durch feines, Ertrag von Weizenmehl durch tierische Nahrung. Diese Verschiebung ist auch in allen Ländern, so schreibt Kestner, die Industrieentwicklung und landwirtschaftliche Maschinen zeigen, außerordentlich deutlich. Fleisch und Milch haben eine starke Zunahme im Verbrauch nötig. Das Brot als Hauptstück der Ernährung ist damit nur noch traditionell. Allerdings würde die einseitige Fleischnahrung einen Nährstoffmangel hervorrufen. Darum sind der Nahrung Maltose, Gemüse, Obst, Salat zuzulegen. Die richtige Kost des Maschinenzeitalters ist aber Fleisch, Milch, Gemüse, Brot und Kartoffeln müssen zurücktreten.

Und doch spielt gerade die Kartoffel heute noch eine große Rolle in der Ernährung — aus Not. Weil die Einkommensverhältnisse zu dieser wissenschaftlich notwendigen Ernährung des Maschinenzeitalters nicht passen. Die Umstellung in der Ernährung macht eine Umstellung in den Einkommensverhältnissen dringend erforderlich.

Die Bedeutung des Achtfundentages für die Arbeiterin.

Alle die Vorteile, die der männliche Arbeiter aus dem Achtfundentage zieht, genießt im gleichen Maße auch die Arbeiterin.

Der Achtfundentag bewahrt die Arbeiterin vor körperlicher Überanstrengung und spart ihre Gesundheit. Da die Frau in noch geringerem Maße als der Mann eine ihr zukommende Arbeit frei wählen kann, wird ihr die Tätigkeit in der Fabrik, in den Bureaus und in den Lebensgeschäften häufig zur großen Qual, so daß eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit für sie eine Erlösung von schwerer Fron bedeutet. Der Achtfundentag ermöglicht der Arbeiterin die Erfüllung der häuslichen Pflichten zu einer Zeit, wo sie sich noch nicht im Zustande völliger Er schöpfung befindet. Sie genießt dadurch Gelegenheit, ihren Haushalt reinlicher zu halten und heimlicher zu gestalten, wodurch die Gesundheit gefördert und das Familienleben glücklicher gestaltet wird.

Der Achtfundentag verleiht die Arbeiterin in den Stand, ihren Mutterpflichten in weit erheblicherem Sinne, im größeren Umfange und in besserer Weise nachzukommen, als dies bei zehnstündiger Fabrikarbeit möglich wäre. Dadurch verhindert sie Schwäche und Sickness beim Kinde und erhält und steigert ihre Gesundheit und ihr Wohlbefinden. Die ganze Nation profitiert an einem kräftigen Nachwuchs des Volkes.

Der Achtfundentag ermöglicht der Arbeiterin eine bessere Pflege und Erziehung ihrer Kinder, wodurch die Gesundheit

der ganzen Volksgemeinschaft gehoben und die stielichen Grundlagen der Gesellschaft gestärkt werden. Eine gründlichere Erziehung und Bildung der Kinder wirkt sich in einer Steigerung der geistigen Fähigkeiten aus, die das gesamte Kulturleben betreffen und fördern.

Der Achtfundentag bietet der jungen Arbeiterin Gelegenheit zur Vorbereitung und Ausbildung für ihre späteren Aufgaben als Gattin, Mutter und Hausfrau. Er vermindert die Gefahren körperlicher Verkümmern und ermöglicht durch die Betätigung im Sport die Entwicklung aller harmonischen Kräfte.

Der Achtfundentag erhöht die Lebensfreude der Arbeiterin, weil sie in der Freizeit Geist und Gemüt pflegen und sich im häuslichen oder gesellschaftlichen Kreise ihrer Veranlagung entsprechend betätigen kann.

Der Achtfundentag entlastet die Arbeiterin dem unerfährlichen Preisdrücken gewissermaßen und läßt sie zur Erkenntnis ihrer traurigen Lage kommen. Auf diese Weise finden sie früher den Weg zur Beseitigung aus unwürdigen Verhältnissen, als dies sonst der Fall ist.

Aus allen diesen Überlegungen heraus führen die Frauen gemeinsam mit den Männern einen unermüdbaren Kampf um die Erhaltung und Erhaltung des Achtfundentages. Sie sind immer williger in eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit ein, weil dies für sie gleichbedeutend wäre mit der Preisgabe eines Teiles ihrer Gesundheit und ihres Lebensglückes.

Der Kampf der Werftarbeiter durch verbindlich erklärten Schiedspruch beendet.

Zur Beilegung des Kampfes an der Walfertante fanden vor Weihnachten erneut Verhandlungen, diesmal vor dem Reichsarbeitsministerium, statt. Es gelang einige kleine Besserungen zu erzielen. Der neue Spruch setzte die rege mäßige Arbeitszeit auf 60 Stunden die Woche und ab 1. November 1929 auf 49 Stunden die Woche fest. Außerdem enthielt er Lohnerhöhungen von zwei bis fünf Pfennigen pro Stunde und einige kleine Verbesserungen der Überstundenbezahlung. Die Werftarbeiter haben diesen Schiedspruch mit großer Majorität abgelehnt und beschlossen, den Kampf auf der ganzen Linie fortzusetzen. Die Werftarbeiter haben den Spruch ebenfalls abgelehnt, doch war anzunehmen, daß sie geneigt waren einem Zwangsanspruch gern nachzukommen. Ein letzter Versuch, eine Verständigung zwischen den Werftarbeitern und den streikenden Werftarbeitern herbeizuführen, fand am 2. Januar statt und ist ebenfalls mißlungen. Der Reichsarbeitsminister Wiffel hat nunmehr den zweiten Schiedspruch für die Seelischwerter, der von beiden Seiten abgelehnt worden war, für verbindlich erklärt. Dadurch ist ein Kampf abgeschlossen, der mit rund 50 000 Beteiligten während dreier Monate den deutschen Schiffsbau zum Erliegen brachte und von der beteiligten Arbeiterchaft mit vorbildlicher Ruhe und Selbstdisziplin geführt worden ist. Alle Verwundungen außerordentlich großer Kreise mußten scheitern an dem geschlossenen Eifer der Werftarbeiter.

Börse und Wirtschaftslage.

(S.B.) Kürzlich hat der Amerikanische Gewerkschaftsbund aus Spekulationsfieber der amerikanischen Großunternehmer hingewiesen, die kaum mehr wissen, was sie mit ihrem Geld anfangen sollen und es deshalb Börsenspekulanten als kurzfristige Darlehen zur Verfügung stellen (siehe Pressebericht des S.B. Nr. 48, Wirtschaftsbeilage). Da die Banken auf diese Weise jegliche Kontrolle über den Geldmarkt verloren haben und wilde Hausschwärme die Folge waren, konnte der Crash nicht ausbleiben. Pöhllich setzte dieser Tage eine Waise ein; der Geldmarkt konnte die Spannung nicht aushalten, und das Resultat ist, daß auf dem Effektenmarkt in zwei bis drei Tagen Verluste in der Höhe von 4 bis 6 Millionen Dollar verzeichnet werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Folge der verbrecherischen Umtriebe verortungsloser Spekulanten eine Wirtschaftskrise ist, unter der das ganze Land zu leiden haben wird.

Die Steuereinnahmen im Reich, in Ländern und Gemeinden.

Interessante Aufschlüsse bringt die letzte Reichsfinanzstatistik, die das Steueraufkommen von Reich, Ländern und Gemeinden im Jahre 1927/28 behandelt. Aus den Einnahmen an Steuern und Zöllen in der Höhe von 12,3 Milliarden Mark entfielen 5,5 Milliarden auf das Reich, 2,8 Milliarden auf die Länder und 4 Milliarden auf die Gemeinden. In Verhältniszahlen ausgedrückt bedeutet dieses, daß 44,3 Proz. aller Einnahmen auf das Reich, 22,3 Proz. auf die Länder und 33,4 Proz. auf die Gemeinden entfallen. Von den dem Reich verbleibenden Einnahmen werden 22,9 Proz. durch Zölle, 14,89 Proz. durch die Einkommensteuer, 14,53 Proz. durch die Tabaksteuer gedeckt, um die drei Haupteinnahmequellen zu nennen. Bei den Ländern ist die Haupteinnahmequelle ihr Anteil an der Einkommensteuer, der 42,9 Proz. ihrer Gesamteinnahmen ausmacht. Wichtig ist auch ihr Anteil an dem Hauszinssteuerertrags, der 27,62 Proz. ihrer Einnahmen ausmacht. Von diesen 27,62 Proz. werden jedoch nur 9,56 Proz. zur Förderung der Wohnbaufähigkeit, 18,06 Proz. dagegen zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs der Länder verwendet, woraus ersichtlich wird, daß die Hauszinssteuer immer weniger eine Zusatzsteuer, als vielmehr eine allgemeine Finanzsteuer darstellt. Bei den Gemeinden bilden die Kreissteuer (Grund- und Gewerbesteuer) die wesentliche Einnahmequelle, indem durch sie 33,7 Proz. der Gesamteinnahmen gedeckt werden. Der Anteil der Hauszinssteuer macht 23,13 Proz. aus und wird hier im Gegensatz zu den Ländern zum größten Teil (15,85 Proz.) zur Förderung der Bauaufgabe und nur zum kleineren Teil (7,28 Proz.) zur Deckung des städtischen Finanzbedarfs verwendet. Neben diesen beiden Steuern steht der Einkommensteueranteil mit 22,83 Proz. an dritter Stelle im städtischen Finanzetat.

Stand der Löhne im Verband Ende Dezember 1928.

Lederwarenindustrie.

(Tarifmindestlohn der über 22 Jahre alten Facharbeiter.)
Coblenz und Orte: Hamburg-Bremen 108 Pf., Groß-Berlin 107 Pf., Leipzig-Weißhagen 105 Pf., Offenbach-Frankfurt a. M. 105 Pf., Stuttgart-Württemberg 101 Pf., Dresden-Ostthüringen 100 Pf., München 100 Pf., Magdeburg 97 Pf., Kassel-Thüringen 97 Pf., Nürnberg-Nordbayern 97 Pf., Karlsruhe-Baden 93 Pf., Halle 93 Pf., Rheinland-Weißhagen 92 Pf., Dessau 89 Pf., Bielefeld 88 Pf., Mainz 88 Pf., Hannover 87 Pf., Breslau-Schlesien 85 Pf., Frankfurt a. d. O.-Ostdeutschland 80 Pf., Wülhausen i. L. 78 Pf. pro Stunde.

Lederreibrinnenindustrie.

(Tarifmindestlohn der über 22 Jahre alten Sattler.)
Coblenz und Orte: Groß-Berlin 115 Pf., Groß-Hamburg 111 Pf. (außerdem betriebliche Kapitalzulage 4 Pf. pro Stunde), Bremen 108 Pf., München und Vorort, Augsburg 101 Pf., Nürnberg-Fürth 100 Pf., Stuttgart 100 Pf., Steinhilber 100 Pf., Magdeburg 97 Pf., Rosenheim, Kempten, Kaufbeuren 96 Pf., Alperg, Ehlingen, Giengen, Pfalzingen, Neulingen, Schornordt und Ulm 95 Pf., Hannover 94 Pf., Köln-Dortmund 94 Pf. (außerdem lokale Zulage für Frau und Kind pro Kopf 2 Pf. pro Stunde), Freistaat Sachsen, Ostthüringen i. Chemnitz, Freital-Deuben, Dresden, Leipzig, Vosskoppel, Plauen und Jüttau 94 Pf., Erfurt 94 Pf., Südwestpreußen Düsseldorf 93 Pf. (und Sozialzulage), Arelch 91 Pf., Kreuznach 89 Pf., Barch i. B. 89 Pf., Aachen 88 Pf., Braunschweig 87 Pf., Kettchendorf 85 Pf., Freistaat Sachsen, Ostthüringen i. Wittmitzweide, Wilschauerwerda, Frankenberg, Glauchau, Weißen, Wittweide, Niederhiesleben, Riesa, Seichenersdorf, Werchau, Wurzen und Jüttau 84 Pf., Fahrenau i. B. 82 Pf., Breslau 81 Pf. pro Stunde.

Handwerkersattler.

(Mindestlohn der Facharbeiter über 22 Jahre.)
Coblenz und Orte: Frankfurt a. M. 110 Pf., Albed 109 Pf., Hamburg 105 Pf., Kassel 101 Pf., Groß-Berlin 100 Pf., Bremen 100 Pf., Freistaat Sachsen, Ostthüringen i. Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen und Jüttau 98 Pf., Arelch 96 Pf., Alperg 95 Pf., Freistaat Sachsen, Ostthüringen i. Annaberg, Aue, Bauen, Borna, Burgstädt, Döbeln, Frankenberg, Grimma, Leisnig, Marienberg, Neustadt, Riesa, Rochlitz, Ermitzschkau, Falkenstein, Freiberg, Glauchau, Meerane, Weißen, Delitzsch, Pirna, Radeberg, Reichenbach, Werchau, Wurzen, Jüttau 95 Pf., Magdeburg 94 Pf., Freistaat Sachsen, Ostthüringen i. (weitere 10 Orte) 92 Pf., Jgchoe 90 Pf., Görlitz 88 Pf.
Handwerkersattlerbezirk Berlin, Ostthüringen i. Bernau, Oberswalde, Ludenw.-C., Oranienburg, Rathenow, Strausberg, Witteneberg 82 Pf., Ostthüringen i. (weitere Orte) 78 Pf. pro Stunde.

Jahrgangsindustrie.

Tariflohn der ältesten Facharbeitergruppe (Sattler- und Tapeziererabteilung).
Coblenz und Orte: Groß-Hamburg 128 Pf., Groß-Berlin 120 Pf., Köln 114 Pf., Freistaat Sachsen, Ostthüringen i. Chemnitz, Dresden, Leipzig, Plauen und Jüttau 114 Pf., München 109 Pf., Freistaat Sachsen, Ostthüringen i. Glauchau, Meerane, Reichenbach, Riesa, Jüttau 108,5 Pf., Ostthüringen i. Bauen, Döbeln, Froberg, Gottleuba, Großhain, Hartha, Kamenz, Limbach, Neustadt, Pegau, Rochlitz, Wurzen 102,5 Pf., Hannover 102 Pf., Coburg 102 Pf. pro Stunde.

Tapezierergewerbe.

(Tarif- und Mindestlohn der ältesten Facharbeitergruppe, in Klammern Lohn der Näherinnen.)
Coblenz und Orte: Staatsgebiet Hamburg 182 Pf. (87), Köln-Bonn 128 Pf. (93), Groß-Berlin 128 Pf. (93), Düsseldorf 121 Pf. (83), Spezialarbeiter 183 Pf. (105), Offen a. d. R. 120 Pf. (69), Frankfurt a. M. (Wöbelgeschäfte) 119 Pf. (77), Leipzig 117 Pf. (83), Mannheim-Ludwigshafen 117 Pf. (65), Duisburg 116 Pf. (71), München 116 Pf. (81), Reichenbach 116 Pf., Groß-Stuttgart, Feuerbach, Weighingen, Juffenhallen (Wöbelbetriebe) 116 Pf. (76), Frankfurt a. M. (Annungsbetriebe) 115 Pf. (74), Stapelbetriebe 114 Pf. (74), Oberhausen und Altenhof (Alford) 115 Pf., Dortmund 114 Pf. (85), Hagen i. W. 115 Pf., Nürnberg-Fürth 113 Pf. (76), Steinhilber 113 Pf. (68), Schweinmünde 113 Pf., Elberfeld-Barmen, Bergisch-Land 112 Pf. (91), Wiesbaden 112 Pf. (77), Mainz 112 Pf. (68), Wersin i. Rhld. 112 Pf. (75), Hannover 112 Pf. (68), Staatsgebiet Bremen mit Delmenhorst und Hemmelingen 111 Pf. (83), Hagen 110 Pf., Groß-Stuttgart (Annungsbetriebe) 110 Pf. (88), Chemnitz 110 Pf. (78), Dresden 110 Pf. (75), Freistaat Württemberg, Ehlingen, Kirchheim, Ulm, Wendlingen (Wöbelbetriebe) 110 Pf., Hannover 109 Pf. (68), Darmstadt 109 Pf., Albed 109 Pf., Neumünster 109 Pf., Halle a. S. 108 Pf., Magdeburg 108 Pf., Ribbenau i. S. 107 Pf., Freistaat Danzig 131 Gulden, Straßund 107 Pf., Plauen 107 Pf., Bielefeld 106 Pf., Braunschweig 106 Pf., Erfurt 106 Pf. (69), Wülhausen-Nürtingen 106 Pf., Freistaat Baden, Ostthüringen i. Durlach, Freiburg i. Br., Heidelberg, Karlsruhe, Ronkast, Wroslach, Hirschheim, Schwegenheim und Säckingen 106 Pf. (78), Augsburg 105 Pf., Weichen i. Oberpfalz 105 Pf., Cottbus 105 Pf., Osnabrück 105 Pf., Freistaat Württemberg, Gruppe 11: Ehlingen, Feuerbach, Friedrichshafen, Freudenstadt, Göppingen, Gmünd, Heidenheim, Heilbronn, Wabegg, Wargen, Wernau, Ravensburg, Neulingen, Schramberg, Tübingen, Ulm a. d. Donau, Wülhausen und Juffenhallen 105 Pf., Koblenz 104 Pf., Halberstadt 104 Pf., Helmstedt 104 Pf., Bochum 104 Pf., Kiel 103 Pf., Bielefeld 103 Pf., Aue i. E. 102 Pf., Freistaat Baden: Baden-Baden, Baden-Des., Bruchsal, Gommadingen, Hattingen, Lahr, Rastatt, Rastatt, Singen, Weingheim, Oldenburg 102 Pf., Speyer in der Pfalz 102 Pf., Kaiserslautern 102 Pf., Albedheim 101 Pf., Paderborn 101 Pf., Rostock 101 Pf., Schwerin i. M. 101 Pf. (71), Alstrom i. M. 101 Pf., Thierstein 100 Pf., Dessau 100 Pf., Eisenach 100 Pf., Gera-Neuß 100 Pf., Gotha 100 Pf., Greifswald i. Pomm. 100 Pf., Sena 100 Pf., Königsberg 100 Pf., Regensburg 100 Pf., Straßund 100 Pf., Zeddenia 100 Pf.,

Freistaat Württemberg, Gruppe 11 (Kleinstädte): 100 Pf., Weimar 99 Pf., Geringswalde, Walldien, Zittau 98 Pf., Freistaat Baden, Ostthüringen i. (21 Orte): 98 Pf., Bauen 98 Pf., Nordhausen 97 Pf., Brandenburg 96 Pf., Breslau 96 Pf., Jülich 96 Pf., Alperg 95 Pf., Görlitz 95 Pf., Kassel 95 Pf., Siebzig 95 Pf., Böckner 95 Pf., Freistaat Baden, Ostthüringen i. V. 94 Pf., Bernburg 94 Pf., Erlangen 94 Pf., Elbing 93 Pf., Tilsit 93 Pf., Viegau 92 Pf., Arnberg 90 Pf., Frankfurt a. d. O. 90 Pf., Landsberg 88 Pf. pro Stunde.

Sonstige Branchen.

Groß-Berlin: Zette- und Bläuelattler 145 Pf., Segelmacher 145 Pf., Hilfsarbeiter 130 Pf., Maschinenmacher 109 Pf., Handnäherinnen 94 Pf. pro Stunde.
Umform- und Teppichleger 165 Pf., Teppichloperinnen 144 Pf., Näherinnen 124 Pf. pro Stunde.

Neuabschluss von Tarifverträgen.

Lederwarenindustrie.

Mit der Vereinigung Norddeutscher Lederwarenindustrieeller E. A. Hamburg einerseits, und unserem Verbande andererseits, wurde am 7. Dezember 1928 für die Lederwaren-, Reise- und Sportartikel- und Herresausrüstungsindustrie ein neuer Vertrag geschlossen. Der Vertrag gilt für die Betriebe in den Staaten Hamburg, Bremen, Lübeck, in der Provinz Schleswig-Holstein sowie in den Süddeutschen Harburg, Wülhemburg und Barel (Oldenburg). Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt 48 Stunden pro Woche. Ueberarbeit, die nur in bringenden Fällen zulässig ist, wird mit 25 Proz. Zuschlag vergütet, Nachtarbeit mit 40 Proz. und Sonntag- und Feiertagsarbeit mit 50 Proz. Sämtliche Werkstattarbeiter und -arbeiterinnen erhalten ferner die auf Wochentage fallenden Weihnachtserlöge bezahlt, ebenso den Neujahrstag, Ostermontag und Pfingstmontag. Bei sechsmonatlicher Betriebsstätigkeit werden drei, bei einjähriger Tätigkeit vier und nach zwei- und mehrjähriger Tätigkeit sechs Tage Ferien gewährt. Verheiratete erhalten in jedem Lehrjahr sechs Tage Ferien. Die sonstigen sozialen Bestimmungen, die in den Lederwarentarifen vorhanden sind, finden sich auch im Hamburger Vertrag. Die Löhne sind Zeit- oder Akkordlöhne. Auch hier wurde für die oberste Stufe das Alter der Facharbeiter von 23 auf 22 Jahre herabgesetzt. Ein Lohnschlüssel bestimmt im Prozentfuß die amtlichen Löhne für Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen usw. Nach dem Ostthüringer Tarif erhält die Ostthüringen i. (Hensburg, Schleswig und Herten) 95 Pf., die Ostthüringen i. (Barel, Oldenburg) 90 Proz. der Löhne, die in Ostthüringen i. mit 100 Proz. festgelegt werden. Das Gehaltsniveau, die Heimarbeit sind mit wenigen Ausnahmen analog so geregelt wie in den bereits bestehenden Tarifen der Lederwarenindustrie. Die Erledigung von Streitigkeiten wurde im § 8 vereinbart. Der Vertrag gilt bis zum 31. Dezember 1930.

Mit diesem Tarif sind in der Lederwarenindustrie ein Bezirks- und drei Ortsstarife vorhanden. Die gesamte Lederwarenindustrie des Reiches mit Ausnahme von Baden und Braunschweig, arbeitet nunmehr unter tariflichen Bedingungen.

Tapezierergewerbe.

Pö h n e d. Thüringen. Mit der Annahme und unserem Verbaude wurde am 6. Dezember 1928 ein Mantelvertrag nebst Lohnabkommen vereinbart. Die Arbeitszeit wurde auf 48 Stunden wöchentlich festgelegt. Ueberstunden sind nur in bringenden Fällen zulässig und erhalten die üblichen Zuschläge. Ferien werden je nach Beschäftigungsdauer im Betriebe 2 bis 7 Tage gewährt. Die Arbeitsvermittlung erfolgt durch das Arbeitsamt. Der Tarif gilt bis zum 31. Oktober 1929.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Einführung der Invalidenunterstützung im Malerverband. Die Generalversammlung des Verbandes der Maler, Badier und Aufrechter hatte sich bereits im Prinzip für die Einführung der Invalidenunterstützung ausgesprochen, jedoch sollte erst die Gesamtmitgliedschaft auf dem Wege der Urabstimmung befragt werden. Diese Urabstimmung hat nunmehr Mitte Dezember stattgefunden und haben sich von insgesamt 49 286 Vollmitgliedern nur 18 088 an der Abstimmung beteiligt. Mit 54 Stimmen 9309, mit Nein 6497 der Abstimmbaren. Damit ist die Einführung der Invalidenunterstützung nach den Sätzen der vom Vorstand des Malerverbandes vorgelegten Vorlage endgültig angenommen.

Konferenz der Sozialminister. 23. B. Anlässlich der sozialen Woche der nordischen Länder hat eine Konferenz der Arbeitsminister von Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden stattgefunden, die sich hauptsächlich mit den Fragen der internationalen Arbeitsorganisation und der Gleichbehandlung einheimischer und fremder Arbeiter auf dem Gebiete der Sozialpolitik befaßt hat.

Bei der Prüfung der Tagesordnung der nächsten internationalen Arbeitskonferenz haben die Minister beschlossen, einen besonderen Ausschuss zum Studium der Frage der Unfallverütung unter besonderer Berücksichtigung des Schutzes der mit dem Be- und Entladen von Schiffen beschäftigten Arbeiter einzusetzen.

Inzwischen hat bereits eine Tagung des erwähnten Unfallverütungsausschusses in Stockholm stattgefunden, auf welcher die vom internationalen Arbeitsamt den Mitgliedsstaaten zugesandten Fragebogen über die Unfallverütung beraten wurden.

Volkschul-Mitteilungen.

3. Mädchentourus im Volkshochschulheim Schloß Sachsenburg. Vom 1. März bis 30. Juni 1929 findet im Volkshochschulheim Schloß Sachsenburg ein Lehrgang für Mädchen und Frauen statt. In viel höherem Maße als früher bedarf die Frau zur Lösung ihrer vielfachen Lebensaufgaben einer umfassenden und gründlichen geistlichen Vorbereitung. Solche Lebensaufgaben sind in erster Linie

die Fragen der persönlichen Lebensgestaltung der Ehe und Mutterpflicht, und der Erziehung. Darüber hinaus aber: auch die vorübergehenden Möglichkeiten der Mitwirkung an den Aufgaben und Bewegungen unserer öffentlichen Lebens. Das ist der Stoff unseres Unterrichtes. Seine Behandlung legt keinerlei Vorbildung außer der Volksschule voraus und erfolgt, soweit möglich, in freier gegenseitiger Ausprache. Jedes Mädchen und jede Frau im Alter von 20 bis 30 Jahren, die den Ernst dieser Fragen empfinden, sind herzlich zu dieser gemeinsamen Arbeit eingeladen. Der Kursus erfordert ein Schulgeld von 40 Tagelohn des Bemehers, wofür auch Wohnung sowie ausreichende Verpflegung für die vier Monate gewährt werden. Auskunft und Prospekt durch das Volkshochschulheim Schloß Sachsenburg, Post Frankenburg Sa.

Verwaltungsstelle Offenbach a. M.

Ueber 400 Jubilare in unserem Verband. Nachfolgend sind wir in der Lage, weitere 38 Jubilare, die 25 Jahre und länger Mitglied unseres Verbandes sind, zu benennen. Mit dieser Liste haben wir das vierthundert überliefert. Ein Beweis für die Treue, mit der unsere Mitgliedschaft zum Verbaude hält. Unseren jüngeren Mitgliedern möge die Liste der Jubilare ein Aufsporn sein, mit der gleichen Hingabe und Ausdauer für den Verbaude, seine Zwecke und Ziele zu arbeiten und zu agitieren:
Dreißert, Philipp, Rumpenheim, eingetreten 1. 7. 1903.
Müller, Johann, Wülhem, eingetreten 1. 7. 1903.
Heßföhl, Heinrich, Offenbach, eingetreten 1. 7. 1903.
Schwerber, Johann, Ober-Roden, eingetreten 1. 7. 1903.
Kremer, Georg, Bürgel, eingetreten 6. 7. 1903.
Heun, Konrad, Wülhem, Bergen, eingetreten 12. 7. 1903.
Jäger, Ralpar, Bieber, eingetreten 12. 7. 1903.
Stoßum, Philipp, Offenbach, eingetreten 12. 7. 1903.
Stüber, Jakob, Offenbach, eingetreten 13. 7. 1903.
Kuhn, Nikolaus, Obertshausen, eingetreten 20. 7. 1903.
Grundel, Friedrich, Bieber, eingetreten 26. 7. 1903.
Abion, Franz, Offenbach, eingetreten 1. 8. 1903.
Jung, Georg Louis, Offenbach, eingetreten 1. 8. 1903.
Obst, Joseph, Offenbach, eingetreten 1. 8. 1903.
Zander, Peter, Bürgel, eingetreten 2. 8. 1903.
Richter, Alfred, Offenbach, eingetreten 7. 8. 1903.
Adam, Heinrich, Neu-Flensburg, eingetreten 15. 8. 1903.
Hohmann, Karl, Offenbach, eingetreten 16. 8. 1903.
Spahn, Joseph, Wülhem, eingetreten 16. 8. 1903.
Raupus, Karl, Wülhem, eingetreten 22. 8. 1903.
Rigel, Ernst, Karl, Bieber, eingetreten 6. 9. 1903.
Hahn, Friedrich, Bürgel, eingetreten 12. 9. 1903.
Brunerl, Heinrich, Rumpenheim, eingetreten 13. 9. 1903.
Kaufner, Sean, Offenbach, eingetreten 15. 9. 1903.
Paffel, Adam, Neu-Flensburg, eingetreten 28. 9. 1903.
Adami, Georg, Wülhem, eingetreten 4. 10. 1903.
Döbberl, Sebastian, Obertshausen, eingetreten 11. 10. 1903.
Kindler, Franz, Offenbach, eingetreten 12. 10. 1903.
Werner, Wilhelm, Offenbach, eingetreten 19. 10. 1903.
Rohmann, Franz, Bürgel, eingetreten 25. 10. 1903.
Rumpf, Georg, Offenbach, eingetreten 26. 10. 1903.
Wolf, Peter H., Weistirchen, eingetreten 8. 11. 1903.
Fähl, Georg, Offenbach, eingetreten 10. 11. 1903.
Müller, Friedrich, Offenbach, eingetreten 21. 11. 1903.
Engel, Wilhelm, Neu-Flensburg, eingetreten 29. 11. 1903.
Selbel, Heinrich, Wülhem, eingetreten 12. 12. 1903.
Colloffus, Wilhelm, Offenbach, eingetreten 13. 12. 1903.
Raffoth, Georg, Weistirchen, eingetreten 13. 12. 1903.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

Vom 7. Januar 1929 bis 13. Januar 1929 ist der 2. Wochenbeitrag fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Achtung! Ortsfunktionen! Alle Verwaltungen, welche die Orts- und Betriebsfragebogen betreffend die statistische Erhebung vom 1. Dezember 1928 noch nicht an die Hauptverwaltung eingeleitet haben, werden dringend ersucht, das Verlaumte umgehend nachzuholen. Im Interesse einer glatten Erledigung und Verbeurteilung der Statistik ist Beschleunigung der Einleitung von größter Wichtigkeit.

Der Hauptvorstand.

Adressenänderungen

Brandenburg a. d. Havel, Dorf, Karl Rosenmüller, Gerostr. 8111. Raff. Walter Dehmann, Große Gartenstraße 59111.
Halle, Dorf, Bill Schulz, Zimmerstr. 24.
Jgchoe, Raff. Franz Rube, Wolltestr. 6.

Verammlungskalender

Jüttau i. Sa., Sonnabend, den 12. Januar, abende 7 Uhr, findet im Restaurant „Brauereischloß“, u. r. 2. unsere Jahres-Generalversammlung statt. Kollektiven und Kollegen! Ihr habt nicht nur Rechte dem Verbaude gegenüber, sondern auch Pflichten zu erfüllen. Aus diesem Grunde rufen wir euch, alle reiflos und pünktlich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Sterbetafel

Durch den Tod verloren wir das Mitglied der Verwaltungsstelle:
Berlin, Richard Meyer, Portefeuller, gestorben im Alter von 48 Jahren am 27. Dezember 1928.
Ehre leine m Andenent!